

# Dresdner Volkszeitung

Postlesekontor: Dresden,  
Gaden & Comp., Rz. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Hieres Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Baukontor:  
Geb. Arnhold, Dresden  
und Südl. Staatsbank.

Begegnungsraum einschließlich Empfangsräum mit den wöchentlichen Beispielen „Rund der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Punkt 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.  
Geschäftsstelle von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komparatifeile 10 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Werbeblätter 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 25

Dresden, Freitag den 30. Januar 1925

36. Jahrg.

## Alles für die Großen

### Der Rechtsblock regiert!

Regierung und bürgerliche Parteien hatten die Absicht, den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei gegen die Verhinderung vieler Hunderte von Millionen an das Ruhrkapital totzuschaffen. Das ist ihnen nicht gelungen. In den Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages vom Mittwoch und Donnerstag sind sie zum Reden gezwungen worden. Es wurde zunächst eine teilweise Aufklärung des Skandals erreicht. Dabei handelt es sich um zwei Dinge: 1. um das Abkommen, das mit der Ruhrindustrie zum Erfolg von Ruhrschäden und Micumleistungen getroffen worden ist, und 2. um das Sonderverfahren für den Erfolg von Ruhrschäden, auf den die Massen der kleineren und mittleren Geschädigten Anspruch haben. Die weitaus größere Bedeutung hat das Abkommen mit dem Ruhrkapital.

Durch die Verhandlungen im Haushaltsausschuss ist einstimmig festgestellt, daß eine gesetzliche Grundlage für das Abkommen mit den Großindustriellen nicht besteht. Dieses Abkommen ist gesetzeslos, es ist gesetzeswidrig.

Die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen von der Deutschen Volkspartei behaupten jetzt, daß die damaligen Zulassungen an das Ruhrkapital eine Tat der großen Koalition seien. Diese Behauptung ist unzutreffend. Gerade während der großen Koalition sind die Zulassungen an die Ruhrindustriellen eingestellt worden. Der erste Vorschlag Stresemanns datiert vom 13. November 1923, die Sozialdemokraten waren aber schon am 2. November 1923 aus dem Staatsrat ausgeschieden. Diese Unwahrheit bricht also läßlich zusammen, während sich die Rechtsparteien zum Mittelpunkt der Regierung machen. Der Volksparteier Weldenauer komplettet z. B. das deute Solling einwandfrei gewesen sei, der Deutschnationale Dr. Quack hat der Regierung sogar noch seinen Dank ausgesprochen.

Die Verhandlungen haben aber auch Klarheit über die Höhe der bisher verschleuderten Summen ergeben. Die Verhandlungen, die man in dieser Sichtweise begrenzen mußte, sind weit übertragen worden. Nicht 600, sondern 715 Millionen sollen an Entschädigungen gezahlt werden, davon sind 655 Millionen bereits ausgezahlt.

Nicht aufgeklärt wurde bisher die Frage, in welcher Art die Berechnung der Schäden erfolgt ist. Trotz dem Drängen der sozialdemokratischen Vertreter hat die Regierung bisher keine Angaben darüber zu machen vermocht.

Die Sozialdemokratische Partei hat durch Greemann Müller anklagungen lassen, daß sie sich einen Antrag auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses vorbehalte. Sie hat durch ihren Redner ferner keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie das schärfste Misstrauen gegen die Regierung hat, ganz gleich, ob es sich dabei um den Reichsfinanzminister Luther oder den Finanzminister Lüther, um den Reichsfinanzminister oder den Außenminister Stresemann handelt. Die Kommunisten hatten einen gar nicht ernst gemeinten Misstrauensantrag eingebracht, von dem Herr Stoerker selbst zugeben mußte, daß nach der Geschäftsbewilligung keine Möglichkeit besteht, darüber abzustimmen. Das die Sozialdemokratische Partei nicht nach kommunistischer Art Abstimmen aufzuführen gedenkt, sondern den Kampf um volle Aufdeckung der Ruhrkorruption führt, der zugleich ein Kampf gegen diese Regierung ist, das werden nunmehr die Verhandlungen im Plenum des Reichstages erweisen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Donnerstag die Delikte über den Finanzstand bei den Ruhrschäden fortgesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion legte einen weiteren Antrag vor, der verlangt, daß bei der gesetzlichen Regelung der Auskünfte von Ruhrschäden, Ruhrlösungsgeschäften und Inflationsgeschäften auf Basis des bestehenden Mittels der Reichskanzlers Dr. Stresemann an die Ruhrindustrie, in denen ihr völker Eris ist, alle Schäden durch das Reich aufgezähmt werden. Die Frage, ob der Reichsfinanzminister oder die Reichsregierung zu einer solchen Zulassung bereitgestellt war, ist damals überhaupt nicht aufgeworfen worden.

Gedankt ergriff Staatssekretär Dr. Fischer vom Reichsfinanzministerium das Wort. Nach einer verfehlten Anhängerin Mitteilung über die Lage im Ruhrgebiet während und nach Abbruch des passiven Widerstandes bestätigt er zunächst, daß die Entschädigungsaktion aufzubauen ist auf Briefen des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann an die Ruhrindustrie, in denen ihr völker Eris ist, alle Schäden durch das Reich aufgezähmt werden. Die Frage, ob der Reichsfinanzminister oder die Reichsregierung zu einer solchen Zulassung bereitgestellt war, ist damals überhaupt nicht aufgeworfen worden.

Gedankt ergriff Staatssekretär Dr. Fischer vom Reichsfinanzministerium das Wort. Nach einer verfehlten Anhängerin Mitteilung über die Lage im Ruhrgebiet während und nach Abbruch des passiven Widerstandes bestätigt er zunächst, daß die Entschädigungsaktion aufzubauen ist auf Briefen des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann an die Ruhrindustrie, in denen ihr völker Eris ist, alle Schäden durch das Reich aufgezähmt werden.

Es ist uns auszuhändigen worden, aus welchen Motiven und unter welchen Umständen Herr Stresemann die Briefe uns war nur der Abzug eines Briefes bekannt, während sich jetzt herausstellt, daß mehrere Briefe geschrieben worden sind —

an die Ruhrindustriellen geschrieben hat. Ich kann von meinen gestrigen Ausführungen kein Wort zurücknehmen. Es kann unter keinen Umständen angehen, und ich warne ausdrücklich für alle Zukunft, daß ein Minister, und sei es der Reichsfinanzminister, sich das Recht herausnimmt, Briefe an eine industrielle Interessengruppe zu schreiben, in welchen ihr Entschädigungen angewährt werden, die zu einer Reichsausgabe von 600 Millionen Mark geführt haben. (Zurufe bei den Soz.)

Das ist Korruption, schlimme Korruption, von der Sie (nach rechts) allerdings nichts wissen wollen, wenn es sich um ihre Leute handelt. Dieses Verfahren verdient um schärfste Verurteilung, es's heute noch nicht einmal feststellt, auf welcher gesetzlichen Grundlage gehandelt worden ist. Es ist nie üblich gewesen, daß im Reichsangehörigen Besoldnungsabgaben werden, aus denen nicht zu ersehen ist, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie sich aufbauen. Wir haben die Rechte des Reichs zu wahren und dafür zu sorgen, daß wir nicht einen Fall durchgehen lassen, der in Zukunft zu den unhalbarten Konsequenzen führen könnte. Bilder haben wir noch gar keine Kenntnis davon, wie das Reich im einzelnen seine Gaben ausgeschüttet hat. Nach den gewordenen Tatsachen kann man annehmen, daß es sich in der Hauptfahrt um die Abgeltung der Ruhrlasten handelt. Die Großen haben ihre Sache weg, während bei den kleinen Werkten, beim Mittelstand, bei den Angestellten und Arbeitern, von denen bisher überhaupt nicht die Rede gewesen ist, der Einbruch erwartet werden soll, daß sie gejährt werden, wenn unser Antrag Annahme findet. Unser Antrag beweist doch weiter nichts, als die Vorlage eines Gesetzentwurfes binnen wenigen Tagen, der uns die Möglichkeit gibt, auch die Kleinen zu entzögeln. Es ist geradezu unerhört, zu sehen, wie auf der einen Seite für die potente Ruhrindustrie — wie sie potent ist, kann man aus den Mursen der jetzt infolge der Entschädigungen steigenden Städten erscheinen — Riesensummen ausgeschüttet werden, während alle andern, die Anträge an das Reich haben, wie die Betriebenen, die Auslandsbürgen, die durch die Liquidation des Reichsbaus sicher benachteiligten Volksgenossen, die Rentner aller Art und viele andre, nach ganz anderen Grundsätzen mit Preisen abgefunden werden. Wir sind überzeugt, daß der Weg, den wir vorbereiten, gangbar ist. Wir verlangen volle Auflösung. Wir erwarten die Denkschrift und werden sehen, was darin steht und behalten uns vor, je nach ihrem Inhalt hier im Reichstag einen Untersuchungsausschuß zu beantragen (Vch. Schrift richtig bei den Soz.), der uns die Möglichkeit gibt, genau zu erkennen, wer etwas bekommen hat und wer nicht und wie bei der Freisetzung der Höhe der Entschädigungen verfahren ist.

Der Kommunist Stoerker weiß auch in dieser Situation nichts anderes zu tun, als dumme und freche Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten. — Ein Verleidiger erzieht der Reichsregierung in den Abg. Woldenauer (D. Sp.). Dieser Abgeordnete, der in der letzten Sitzung des Reichstags die Erhöhung der Gewerbeabgabenunterstützung wegen Mangels an Mitteln zu verhindern suchte, verteidigt hier bei der Entschuldigung der Ruhrindustriellen den Standpunkt, da die Haltung der Regierung sei vollkommen einwandfrei gewesen.

Aha. Dietrich (Boden, Dem.): Der Mißtrauensantrag der Kommunisten ist verfrüht. Die Haltung der Regierung macht einen lädierten Eindruck. Wie sind unter diesen Umständen mit allgemeinen Redensarten zu Frieden zu bringen? Es ist unerhört, daß die Regierung, ohne eine Rechtsgrundlage zu haben, die Entschädigungen,

auszahlungen an die Großen vorgenommen hat, während die Kleinen und Mittleren nichts erhalten haben. Warum hat die Regierung nicht den Mut, genaue Zahlen zu nennen?

Nach diesem temperamentvollen Angriff sieht sich der Sozialistische Führer an einer Antwort gezwungen. Er betreibt, daß die Regierung nicht den Mut hat, die Zahlen zu nennen, und macht dann Angaben über die anerkannten bzw. vereinbarten Entschädigungsansprüche:

Für die Micumlasten sind anerkannt:

Bei der Ruhrlaube . . . . .	400 Millionen Goldmark
Bei der chemischen Industrie . . . . .	85 . . . . .
Für die Ruhrlasten (verpreiste Lieferungen) sind anerkannt:	
Bei der Ruhrlaube . . . . .	150 . . . . .
Bei der chemischen Industrie . . . . .	15 . . . . .
Bei der Braunkohle, Sachsen Gebiet, Rheinschiffahrt . . . . .	45 . . . . .

Für das Sonderverfahren für Schäden 640 Millionen Goldmark 70 Millionen Goldmark

Insgesamt also 710 Millionen Goldmark

Von diesen Summen ist noch nicht verfügt über 60 Millionen Goldmark, alles andere ist bereits ausgegeben. (Große Bewegung im Saal.)

Von Guérard (Entz.): Im besetzten Gebiet herrscht große Unsicherheit über die umliegenden Berichte. Das Entzim ist nicht in der Lage, ein entschlossenes Urteil abzugeben, bevor die Denkschrift vorliegt. Es ist aber außerordentlich befremdend, daß die großen Industrien bereits erfoigt sind, während die Mittleren und Kleinen noch nichts haben:

Abg. Müller (Franken, Soz.):

Wir erwarten, daß die Denkschrift der Regierung die Klärung bringt, die die Regierungserklärung immer noch nicht gebracht hat. Nach der Verordnung vom 10. Dezember sah es so aus, als ob bis dahin Kredite gegeben worden sind, die man noch erholt. Der Verordnung in Entschädigungen umgewandelt hat. Der kommunistische Antrag ist nicht möglich. Nach der Geschäftsaufnahme und Verfassung ist es unmöglich, daß ein Ausschuss des Reichstages einen Rechtsantritt gegen die Regierung bestdichtet. Das ist ausschließlich dem Plenum vorbehalten. Deshalb nimmt die Sozialdemokratie nicht für den Antrag. Die Sozialdemokratie hält ihren ersten Antrag aufrecht, sieht jedoch Ihren zweiten zugunsten des Antrages der Demokraten gütig.

Nach weiterer Diskussion, in der die bis dahin sich völlig idiosyncratisch verhaltenden Deutschnationalen durch Dr. Quack erneut loslassen, die Regierung verleiht Dant, daß sie eine so rasche Auflösung (?) gegeben habe, kommt es zur Abstimmung.

Der Ministrantenantrag der Kommunisten wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag, soweit er die Einstellung der Zulassungen betrifft, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, Demokratie und Kommunisten abgelehnt.

Der demokratische Antrag, bei der gesetzlichen Regelung der Ansprüche von Ruhrgeschädigten, Liquidationsgeschädigten und Inflationsgeschädigten wegen der beschworenen Mittelmittel die Verteilung so vorzunehmen, daß in erster Linie die wirtschaftlich schwächeren Kreise (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Mittelstand, Kleinindustrie) bei der Entschädigung berücksichtigt werden, wird ebenfalls abgelehnt. Auch für den zweiten nur Sozialdemokratie, Demokratie und Kommunisten. — Dagegen wird die Vorlage der Denkschrift durch die Reichsregierung einstimmig beschlossen.

Der Rechtsantrag hat also bei dem Kampf gegen den größten Finanzanbieter, den Deutschland seit langer Zeit gebraucht, seine Interessenwirtschaft zugunsten des Großkapitals fertig bewiesen.

## Die Früchte reifen

### Herriot und Luther

Die Früchte der Herausforderung reifen rasch und schmecken bitter. Die Freude der Rechten hat uns versprochen, daß es ein „Kabinett der Arbeit“ wird, eine Redensart, mit der die Rechtsopposition noch immer alles bemüht hat, was sie nicht näher definieren kann. Das Kabinett hat bereits gearbeitet; eine Note wurde an die Entente gegeben, gegen die Nichträumung der Niedler Zone protestiert und die Gründe wurden verlangt. Die nationalliberalen und die deutschnationalen Freunde waren von der Note hochbefriedigt. Ein wisslich vaterländischer, ernster und nachdrücklicher Ton sei darin gewesen — was man so da drüben vaterländisch nennt! Herriot hat in der Kammerrede am Dienstag geantwortet. Ebenso vaterländisch! Wie man in den Wald hineintritt ... Das deutsche Volk mag sich das Rechtsschreiber annehmen. Deutschland und Frankreich sind durch die deutsche Note und die Antwort Herriots ähnlich so weit wieder auseinandergeworden, wie vor der Ruhrlösung, denn wenn die Rechtspresse sich einbildet, auf einen sogenannten schneidigen Ton der deutschen Regierung könne die Entente nicht ebenso schneidig antworten, so beweist das die ganze bodenlose Dummmheit der deutschen Reaktion, und wie wir geben die Hoffnung auf, daß jemand in der nächsten Zeit kapiert, was er im Laufe von sechs Jahren nicht kapiert hat.

Herriot hat in seiner Kammerrede erklärt, daß die französische Regierung auch unter keiner Führung nicht darauf verzichten könne, sich gegen neue Bedrohungen zu schützen. Seine Rede fand in Frankreich ein gewaltiges Echo. Will Herriot den Kurs wechseln? Die Linksparteien und Sozialisten rütteln ihm auf den Leib, und er gab Erklärungen zu seiner Rede. Nein, den Kurs wolle er nicht wechseln, er halte es nur für nötig, zu betonen, daß auch die französischen Demokraten und Linksparteien nicht daran denken, auf die nötigen Sicherungen zu verzichten.

Da hätte also das Kabinett Luther die Antwort, die es haben wollte. Nun sieht es da und kann eine neue Note abfassen. Oder Herr Luther kann morgen, wie er beabsichtigt, in Berlin vor der ausländischen Presse auf Herriot antworten. Und die methodisch aufgezogene Luther-Presse — wie prompt ist der Dresdner Anzeiger auf die Regierung des Ausbeuterblocks eingeschlagen! — kann Luthers Antwort wieder als echt vaterländisch, patriotisch und was sonst noch auslegen. Und Herriot kann wieder erwidern und aus dem Wald herausfallen lassen, wie man hineintritt — und in ein paar Monaten können wir auf diese Weise bei der neuen Ruhrbesetzung angelangt sein. Wie haben die Drohungen und Redensarten der deutschen Reaktion nie ganz ernst genommen, und die Bedrohungen, an die man in Frankreich hineintritt, werden von Pointards Heftpreise ungeheuerlich übertrieben. Man kennt das Maulwerk der Deutschnationalen: es ist hinreichend groß, aber nichts dahinter. Doch worauf es in diesem Falle ankommt: Herriots Rede spiegelt die Durchsetzungsfähigkeit des französischen Volkes wider. So stehen die Franzosen das neue Deutschland. Keine Aufgabe muß es sein, ihnen das Angstgefühl vor einem seitens des Rheins aufsuchenden Unheil zu nehmen.

Die Regierung Luther will die Grüne für die Nichträumung näher erläutern. Wenn wir uns nicht sehr irreten, hat der neue Reichsfinanzminister im Reichstag zugestimmt, daß eine schwarze Reichswehr besteht und daß diese Lohne am amtlichen der französischen Regierung längst bekanntgemacht wurde. Bezi olio das Kabinett über die Gründe der Nichträumung. Wenn eine deutsche Regierung der Entente zugestehen muß: „Neben mir, mit haben eine schwarze Reichswehr von sowjetischer Kündigungswaffe,“ — so gibt sich eben die Entente nicht damit zufrieden, daß das mit Rottschwertsurfa und qualitativ innerpolitischen Störungen erlöst wird. Die französische Regierung ist schließlich nicht das deutsche Volk und nicht so naiv, wie ein Durchschnittsdeutscher oder ein volksportlicher Wähler, der tai-